



Internationale Arbeit



In 42 Ländern West-, Mittel- und Osteuropas sowie in den USA und Japan ist die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Büro vertreten. Die Stiftung wirkt z.B. bei Fragen der Gestaltung einer europäischen Außenpolitik, dem Transatlantischen Dialog, dem Europäischen Konvent und der EU-Erweiterung mit. Vor Ort wird mit Partnern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zusammengearbeitet, was sich auch an den Veranstaltungen zur Frauen- und Genderpolitik ablesen lässt.

Internationaler Dialog

Westliche Industrieländer

Belgien, Brüssel

Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

● „Gender Mainstreaming – die Gleichstellungspolitik der EU“ (EU-Informationsseminar für Frauenbeauftragte aus Berlin mit D. Roth-Behrendt, MdEP, L. Gröner, MdEP, Barbara Helferich, Kabinett der EU-Kommissarin A. Diamantopoulou, sowie Vertreterinnen der European Women's Lobby)

● „Internationale Gewerkschaftskooperation und Gender“ (Seminar mit iranischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie mit Vertreterinnen und Vertretern des Rates der EU, des Europäischen Parlamentes, des internationalen Gewerkschaftsbundes ICFTU und einer renommierten belgischen Nichtregierungsorganisation)

● „Europe's Women – old roles and duties? New Challenges and Chances“ (EU-Workshop für politisch aktive Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern mit C. Randzio-Plath, MdEP, Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und von Nichtregierungsorganisationen)

Der Gender-Aspekt wird in der europa- und entwicklungspolitischen Arbeit des Büros in Brüssel in vielerlei Hinsicht berücksichtigt. Auch 2002 wurden Seminare für Frauenbeauftragte aus Deutschland sowie Projektleiterinnen von Fraueninitiativen verschiedener europäischer Länder zum Thema „Gender Mainstreaming in der EU“ durchgeführt. Hierbei erhalten die Multiplikatorinnen einerseits einen Überblick über den horizontalen Genderansatz der Europäischen

Union sowie die zahlreichen EU-Initiativen und -Förderprogramme in diesem Bereich. Andererseits können sie im Gespräch mit EU-Entscheidungsträgerinnen und -trägern auch ihre konkreten Problemen vor Ort diskutieren. Dieser Austausch wird von allen Beteiligten sehr geschätzt.

Auch in die gewerkschaftspolitische Arbeit werden Gender-Aspekte integriert. Im Rahmen des Seminars „Internationale Gewerkschaftskooperation und Gender“ wurde der Stand der Ver-

handlungen über das Handelsabkommen zwischen dem Iran und der EU diskutiert. Das Seminar diente aber insbesondere dem Informationsaustausch über Menschenrechtsfragen, insbesondere über die Rechte von Frauen. Es kam zu interessanten Anregungen zukünftiger Initiativen und Kooperationsmöglichkeiten.

Bei der Auswahl der Teilnehmenden für die EU-Studienaufenthalte, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel für Expertinnen und Experten aus Afrika,



Paris

Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten anbietet, wird der Gender-Aspekt beachtet: Im Jahr 2002 wurden 60 Prozent der EU-Kurzzeit-Stipendien in Brüssel an Frauen vergeben. Wie erfolgreich ein EU-Studienaufenthalt auch im Hinblick auf konkrete Frauenförderung sein kann, zeigt die Tatsache, dass einige der Teilnehmerinnen aufgrund des in Brüssel gewonnenen EU-Hintergrundwissens nach ihrer Rückkehr in ihr berufliches Umfeld verantwortliche Posten übernommen haben.

Frankreich, Paris

Die bereits vor zwei Jahren begonnene Veranstaltungsreihe „Frauen in der europäischen Arbeitswelt“ wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris gemeinsam mit ihrem langjährigen französischen Partner „Europartenaaires“ fortgesetzt. Sie dient dem Austausch über wichtige Zukunftsthemen wie z.B. über wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Gleichstellung von Frauen und Männern und gleichzeitig der Vernetzung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dazu in Europa. Sie ist damit Teil der Debatte zur europäischen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Im September 2002 stand die Diskussion mit Frauen aus dem nördlichen Europa auf der Agenda: „Frauen in der europäischen Ar-

beitswelt – Von Schweden lernen?“ lautete der Titel des Seminars, das in Berlin mit Teilnehmerinnen aus Schweden, Frankreich und Deutschland aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft, Medien und Wissenschaft stattfand. Unter den dreißig Teilnehmerinnen waren Paulette Guinchard-Kunstler, Vizepräsidentin der Assemblée Nationale, Ulrike Mascher, MdB und Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Margret Mönig-Raane, stellvertretende Vorsitzende von ver.di. Anhand der schwedischen Erfahrungen wurde über innovative Maßnahmen der Gleichstellung und ihre mögliche Umsetzung in Frankreich und Deutschland diskutiert. Vorträge und Diskussion machten die Hintergründe deutlich, die zu der starken Frauen- und Familienförderung im Wohlfahrtsstaat Schweden geführt haben. Neben den Erfolgen wurden auch die Defizite aufgezeigt, wie beispielsweise die schwache Präsenz von Frauen in der schwedischen Privatwirtschaft oder die Abhängigkeit der Arbeitssituation der Frauen von einem gut ausgebauten öffentlichen Sektor und der damit verbundenen starken Segregation des Arbeitsmarktes.

Türkei, Istanbul

Der Anteil der Frauen am offiziellen Arbeitsmarkt verringert sich mehr und mehr zugunsten der Beschäftigung im informellen Sektor. Dort sind die Einkommen niedriger und die Bedingungen schlechter, insbesondere für die Frauen. 95 Prozent der Heimarbeiter sind Frauen. Es gibt keinerlei gesetzliche Regelungen für diesen Bereich. Das bedeutet für die dort Arbeitenden, dass sie über keine soziale oder rechtliche Sicherheit verfügen.

Die Öffentlichkeit ignoriert die Situation und die Probleme der Heimarbeiterinnen vollständig. Dies zu verändern und politischen Druck aufzubauen, ist ein wichtiges Ziel des Projektes „Heimarbeiterinnen“ des Büros in Istanbul. Heimarbeiterinnen sollen die Möglichkeit erhalten, sich miteinander zu vernetzen, Lösungen für ihre Situation zu finden und sich z.B. in Produktions- und Verkaufsgenossenschaften zu organisieren. Der Aufbau einer Genossenschaft ist in der Türkei besonders schwierig. Hier hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits helfen können: Es gibt inzwischen zwei Heimarbeiterinnengenossenschaften. Mindestens weitere fünf Genossenschaften müssten hinzukommen, damit nach türkischem Recht die Gründung eines Dachverbandes erlaubt ist,



Istanbul



Capitol, Washington D.C.

der politische Lobbyarbeit für die Heimarbeiterinnen leisten könnte.

„Winpeace“ heißt die gemeinsame Friedensinitiative griechischer und türkischer Frauen, die seit fünf Jahren besteht und seit etwa drei Jahren von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisatorisch und finanziell unterstützt wird. Diese Initiative unter Margaritta Papandreou hat sich zum Ziel gesetzt, Beiträge zu einer neuen Friedenskultur in der Türkei und in Griechenland, aber auch zwischen beiden Ländern zu entwickeln. Winpeace versucht, ein Netzwerk aufzubauen, das in Krisenzeiten in beiden Gesellschaften und damit auf beide Regierungen wirken kann. Winpeace will vor allem die Rolle der Frauen bei der Verhinderung und beim Abbau von Konflikten stärken. In einer dreitägigen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Istanbul wurde das Thema „Die historischen Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland“ angegangen. Der Geschichtsunterricht und die meisten Geschichtsbücher sowohl in der Türkei als auch in Griechenland sind von nationalistischer Einseitigkeit in Bezug auf die gemeinsame Geschichte geprägt. Das Seminar regte die Teilnehmerinnen an, in ihren Ländern Initiativen zur Vermittlung eines weniger einsei-

tigen und feindseligen Geschichtsbildes zu gründen. Eine gemeinsame presseöffentliche Veranstaltung mit etwa vierzig türkischen Nichtregierungsorganisationen, bei der die Winpeace-Absichten und -projekte vorgestellt wurden, fand in den Medien beider Länder ein sehr positives Echo.

USA, Washington D.C.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit 2001 hatte George W. Bush das White House Office for Women's Initiatives and Outreach geschlossen, das als eine Art Clearingstelle zwischen Nichtregierungsorganisationen und der Regierung gedient hatte und den hohen Stellenwert von Frauenpolitik und Gender-Fragen in der Clinton-Administration reflektierte. Andererseits erhob Präsident Bush mit der State of the Union Address vom 29. Januar 2002 die Rechte der Frau zu einem Grundrecht, indem er den Grundsatz der Achtung der Frau in den unveräußerlichen Kernbestandteil von Grundrechten aufnahm.

Aktuelle Themen

Verschiedene Entscheidungen der Bush-Administration und die aktuelle politische Konstellation in Washington geben Anlass zur Sorge, dass das Recht auf eine legale und sichere Abtreibung, eine der großen Errungenschaften der

amerikanischen Frauenbewegung, in den nächsten Jahren zurückgenommen werden könnte.

Die Reform von 1996 beschränkt das Sozialhilferecht auf insgesamt fünf Jahre im Verlaufe eines Lebens und führt eine Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger ein. Gleichzeitig wurden umfassende Job-Trainings- und Kinderbetreuungsprogramme ins Leben gerufen, um den Übergang in die Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Gerade auch alleinerziehenden Müttern – der großen Mehrheit der amerikanischen Sozialhilfeempfänger – sollte so der Ausstieg aus der Sozialhilfe ermöglicht werden. Dieses Gesetz mit weitreichenden Konsequenzen für die Situation der Frauen war im Herbst 2001 nach fünf Jahren ausgelaufen und wartet seitdem auf seine Weiterführung.

Frauen in Führungspositionen

Der Frauenanteil in Führungspositionen der Privatwirtschaft und in der Wissenschaft wächst. Allerdings ist auch in den USA das Vordringen in die Spitzenpositionen großer Unternehmen für Frauen weiterhin die Ausnahme. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch in den USA einer der zentralsten Problembereiche für Frauen. Eine staatlich geförderte oder öffentliche Kinderbetreuung gibt es nur für Sozial-

hilfeempfängerinnen. Das Angebot an Kinderbetreuung für kleine Kinder ist zwar wesentlich besser als in Deutschland, kostet aber mehrere tausend Dollar im Jahr. Erst seit 1993 gibt es überhaupt eine gesetzliche Regelung für die Elternzeit. Der Family and Medical Leave Act erlaubt bis zu drei Monaten unbezahlte Freistellung nach der Geburt eines Kindes.

Der Anteil weiblicher Kabinettsmitglieder ist noch nie so hoch gewesen wie in der Bush-Administration – derzeit sind fünf Kabinettsposten mit Frauen besetzt: Elaine Chao, Secretary of Labor; Gale Norton, Secretary of the Interior; Anne Venemann, Secretary of Agriculture; Christine Todd Whitman, Administrator, Environmental Protection Agency, und Condoleezza Rice, National Security Advisor. Mit Condoleezza Rice hat erstmals eine – zudem schwarze – Frau den einflussreichen Posten des National Security Advisors inne. Nach den Zwischenwahlen vom November 2002 haben Frauen 13,6 Prozent der Sitze im amerikanischen Repräsentantenhaus und 14 Prozent der Sitze im Senat inne – mehr als jemals zuvor. Erstmals in der amerikanischen Geschichte ist mit Nancy Pelosi eine Frau zur Minderheitsführerin im Repräsentantenhaus gewählt worden, die sich seit Beginn ihrer politischen Karriere für Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat. Die Einflussnahme von Frauen steigt sowohl auf nationaler als auch auf einzelstaatlicher Ebene. Sechs Bundesstaaten haben weibliche Gouverneure und 14 der 100 größ-

ten Städte haben weibliche Bürgermeisterinnen. Zwei der neun Richter am Obersten Gerichtshof sind Frauen.

Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Büro Washington D.C. beteiligt sich aktiv am transatlantischen Erfahrungsaustausch weiblicher politischer Entscheidungsträgerinnen, insbesondere zur Entwicklung von Strategien und Netzwerken zur Erhöhung des Frauenanteils in gewählten Ämtern. Dabei wird mit politischen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Forschungsinstituten zusammengearbeitet: zum Beispiel Women In International Security, Vital Voices Global Partnership und Institute for Women's Policy Research.

Der Gesprächskreis „German-America Women's Dialogue: The Current Status of Women's Issues in the U.S. and Germany“ in Washington DC. im Januar 2002 führte eine internationale Teilnehmerschaft zusammen, um die Frage der Frauenförderung unter Präsident Bush zu diskutieren. Das Gesamturteil der amerikanischen Teilnehmerinnen über die Frauenpolitik der Bush-Administration ist nicht negativ. Obwohl der Frauenanteil auf der Führungsebene der Ministerien sogar leicht angehoben wurde, lässt jedoch der Anteil der Frauen an der politischen und wirtschaftlichen Führung insgesamt zu wünschen übrig. Die Diskussion ergab weiterhin, dass die „klassischen Frauenthemen“ wie Kinderbetreuung, Gesundheitsver-



sorgung usw. sich immer stärker auf eine professionelle Ebene verlagern und Frauen sich stärker am öffentlichen Diskurs auf allen Ebenen beteiligen.

Zur Förderung der transatlantischen Kooperation bei der Lösung eines der dringlichsten internationalen Menschen- und Frauenrechtsproblems, des Menschenhandels, veranstaltete das Büro der FES in Washington D.C. im Juni 2002 eine hochrangige Konferenz zum Thema „The Trafficking of Persons: How to Respond to a Growing International Issue“. Die gemeinsam mit „Women In International Security“ durchgeführte Veranstaltung fand nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung des 2. jährlichen „Trafficking in Persons Report“ des U.S. Department of State statt, um sich an der öffentlichen Diskussion dieses Berichtes zu beteiligen. Ziele der Veranstaltung waren, die Komplexität der Bekämpfung dieser modernen Form der Sklaverei darzustellen, die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure an einen Tisch zu bringen, gesetzgeberische Ansatzpunkte zu diskutieren und vor allem die internationale Kooperation und den Erfahrungsaustausch zu fördern.



Polnisches Parlament



Mittel- und Osteuropa

Polen, Warschau

Frauen in der Politik

Im Herbst 2002 fanden in Polen Kommunal- und Lokalwahlen statt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau vergab eine Studie zur Erhebung statistischer Daten im Rahmen dieser Wahlen, die Auskunft über die Beteiligung von Frauen an der Politik geben sollten. Unmittelbar nach der Datenerhebung wurden im Seminar „Reflexionen nach den Wahlen. Frauen in den Kommunal- und Lokalwahlen 2002“ die Ergebnisse diskutiert. Sie zeigen, dass sich die Polinnen aktiv am politischen Geschehen beteiligen wollen – sowohl als Wählerinnen (40 Prozent), als auch als Kandidatinnen (25 Prozent).

Seit 2002 gibt es in Polen eine Regierungsbeauftragte für Gleichstellungsfragen. Im Unterschied zu Deutschland gibt es keine Frauenbeauftragten in regionalen und lokalen Strukturen. Mit Unterstützung der Gleichstellungsministerin Jaruga-Nowacka hat die Parlamentarische Frauengruppe, die Partner des Büros in Warschau ist, eine Gesetzesvorlage

zur Durchsetzung von Gender Mainstreaming in Polen erarbeitet. Das Dokument sieht u.a. die Einführung von Quoten und der Parität in allen Staatsorganen, Vertretungen und Selbstverwaltungen vor. Die Autorinnen und Autoren des Gesetzes rechnen mit Schwierigkeiten bei der Abstimmung.

Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage der polnischen Frauen bezüglich des Zugangs zum Arbeitsmarkt und der geschlechterungleichen Entlohnung wurde auf dem 3. Europa-Treffen „Der Arbeitsmarkt vor dem Beitritt Polens in die Europäische Union. Chancen und Risiken für Frauen“ der FES Warschau und des Collegium Polonicum in Slubice mit den EU-Normen sowie der Situation in Deutschland verglichen. Es wurden Zukunftsstrategien abgeleitet, die die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern könnten. Auch die von der Stiftung geförderte Studie „Gläserne Decke – Aufstiegsmöglichkeiten und -barrieren für Frauen in Polen“ und die Konferenz „Der neue Wirtschaftsrealismus – Die

unbezahlte Hausarbeit als unbekannter Faktor des wirtschaftlichen Wachstums“ haben versucht, Ansatzpunkte für die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen in Polen aufzuzeigen. Die diesjährige Novellierung des polnischen Arbeitsgesetzes zur notwendigen Anpassung der polnischen Vorschriften an die Rechtsnormen der EU soll die Diskriminierung der Frauen im Berufsleben abschaffen.

Reproduktive Gesundheit

Die diesjährige Resolution des Europäischen Parlamentes zur Legalisierung der Abtreibung wurde vom polnischen Parlament als ein Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, bewertet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte die Konferenz „Die reproduktive Gesundheit in der Politik der polnischen Regierung und im Vergleich mit europäischen Standards“ und publizierte die Broschüre „Das Gesundheitssystem – Ergebnisse der Reformen in Polen und seinen Nachbarländern“.

Frauen als Opfer von Gewalt

In Europa werden jährlich ca. eine halbe Million Frauen und Kinder verkauft. Parallel dazu wuchert das organisierte Verbrechen, die Opfer des Menschenhandels an das Sexgewerbe zu verkaufen. Polen, das für die Frauenhändler wichtiges Transitland ist, möchte dieses Verbrechen bekämpfen. Ein wichtiges Instrument wird das „Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung des Menschenhandels“ sein, dessen Entwurf auf einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Round-Table-Meeting erarbeitet wurde. Das Treffen von höchsten Beamten der zuständigen Ministerien, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, die das Dokument ausgearbeitet

haben, war der Höhepunkt der dreijährigen Zusammenarbeit des FES-Büros in Warschau mit der Stiftung gegen Frauenhandel „La Strada“.

Regionalbüro Riga:

Lettland, Litauen, Estland

Die meisten Aktivitäten des Aufbaus zivilgesellschaftlicher Strukturen im Baltikum waren der Zielgruppe Frauen gewidmet. Dabei wurde mit Partnerorganisationen aus dem Nichtregierungssektor, mit Parlamentsausschüssen sowie Fach- und Führungskräften aus Ministerien zusammengearbeitet. Die Aktivitäten dienten einerseits der Steigerung der politischen Partizipation von Frauen und andererseits der Behandlung des besonders in den

Transformationsstaaten gesellschaftspolitisch brisanten, wie hochaktuellen Themas „Gewalt gegen Frauen“.

Vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen in Lettland im Oktober 2002 und den Kommunalwahlen in Estland im Frühjahr 2003 förderten wir insgesamt acht Seminare von Frauenorganisationen – davon zwei in Lettland und sechs in Estland. Im Zentrum dieser Seminare standen Rhetorikschulung und Organisationsmanagement. Sie behandelten folgende Schwerpunkte:

- Staatliche wie gesellschaftliche Unterschätzung der psychologischen und soziologischen Folgen von häuslicher Gewalt.
- Zivilrechtlicher Schutz und finanzielle Unterstützung der betroffenen Frauen.
- Kriminalpolitische Bedeutung von Zwangsprostitution und Mädchen- und Frauenhandel sowie ihrer Verknüpfungsdelikte und Folgen wie Drogenkonsum und Aids.

Außerdem ermöglichte es die dreijährige Zusammenarbeit mit dem Informationszentrum der Frauen Litauens, systematische politische Lobbyarbeit zu betreiben – mit dem Resultat, dass der Vizejustizminister an der letzten diesjährigen Veranstaltung teilnahm und für die Fortsetzungsseminare die Unterstützung seines Ministeriums zusicherte.

Slowakische Republik,

Bratislava

Der Schwerpunkt der Arbeit des FES-Büros in Bratislava lag bei den Themen „Gewalt in der Familie“ und „Gleichstellung von



Frauen und Männern“, wozu folgende Veranstaltungen durchgeführt wurden:

- Seminar und Studie „Gewalt in der Familie“ mit BICFS, Bratislava,
- Seminar „Gewalt in der Familie im Strafkodex“ mit Frauen-Nichtregierungsorganisationen und Polizeipräsidium, Donovaly,
- Follow up-Workshop „Frauen in die Politik“, Moravany,
- Vortrag und Seminar „Gender Mainstreaming“ sowie Publikation, Bratislava,
- Seminar „Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt“ mit dem Forschungsinstitut des Sozialministeriums, Bratislava.

Eine konsistente Regierungspolitik zur effektiven Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern gibt es nicht. Auch die Öffentlichkeit hält Genderthemen nicht für wichtig. Auf die Frage „Welche Probleme in der slowakischen Gesellschaft halten Sie für die wichtigsten?“ hat bis 1996 nur 1 Prozent der Befragten das Problem der „Stellung der Frau“ genannt und seit 1996 noch weniger Befragte. Die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes, das auch im Zusammenhang mit der EU-Integration gefordert wird, ist aufgrund des Widerstandes der Christdemokraten im Nationalrat nicht möglich. Die niedrige Beteiligung der Frauen an der Macht ist verursacht durch eine Mischung von sozioökonomischen, ideologischen und politischen Faktoren. Im folgenden die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage:

Aussage / Frage	Zustimmende Frauen	Zustimmende Männer
Welche Hindernisse sehen Sie für die Beteiligung der Frauen an der Politik?		
– Familienpflichten der Frauen	79%	70%
– systematische Bemühungen der Männer, die Macht zu behalten	47%	29%
– Desinteresse der Frauen an der Politik	43%	54%
– Frauen haben nicht die nötigen Voraussetzungen und Fähigkeiten für die Politik	7%	15%
Die Stellung der Frauen in der Gesellschaft ist im Vergleich zu der Position der Männer schlechter		
	82%	56%
Stimme für Einführung eines Quotensystems		
	64%	52%
Stimme gegen Einführung eines Quotensystems		
	14%	25%

Tschechische Republik, Prag

Oberste Priorität der geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag hat die Sensibilisierung und Professionalisierung von Entscheidungsträgerinnen und -trägern in verschiedenen Institutionen (Regierung, Gewerkschaften, öffentliche Dienste, politische Mandatsträgerinnen und -träger usw.) für Genderfragen. Viele Maßnahmen zu Genderthemen wurden konzeptionell und finanziell unterstützt.

Eine Reihe von Workshops zum Aspekt der Chancengleichheit fanden für Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und Nichtregierungsorganisationen unter der Schirmherrschaft des Arbeitsministers statt. Ziel dieser Maßnahmen war, den Dialog zwischen den zwei Sektoren zu fördern und zu bestimmten Themenbereichen mögliche Lösungswege aufzuzeigen.

Neben einer Abteilung im Arbeitsministerium, die für die Implementierung von Gender Main-

streaming verantwortlich ist, gibt es seit Januar 2002 an jedem Ministerium eine Genderbeauftragte bzw. einen Genderbeauftragten, die die Hälfte ihrer Vollzeitstelle für Gender Mainstreaming freigestellt sind. Da sie jedoch nicht speziell dafür ausgebildet wurden, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Beratungsfirma EuroProfis und dem Leiter des Zentrums für Gender Studies der Karlsuniversität eine viertellige Seminarreihe für diese Beauftragten organisiert. Es wurden z.B. Grundbegriffe wie Feminismus, stereotype Rollenverhältnisse, Gender usw. erklärt und gemeinsam mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen mögliche Felder der Zusammenarbeit benannt. Für die abschließende Studienreise nach Brüssel wurde eine Gruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, von Nichtregierungsorganisationen, dem Gewerkschaftsbund und eines Arbeitge-

berverbandes zusammengestellt, um eine mögliche Zusammenarbeit in Zukunft zu fördern und das Spektrum der Diskussion zu erweitern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, mit den wichtigsten Institutionen für den Themenbereich Gender Mainstreaming in Kontakt zu treten und folgende Themen zu diskutieren: Gender Mainstreaming beim EU-Erweiterungsprozess und bei den Beitrittsverhandlungen, Genderfragen in der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament und im Europäischen Gewerkschaftsbund. Die Teilnehmenden hatten die Hoffnung, die EU könne Druck auf die tschechische Regierung ausüben, um die Wichtigkeit von Frauen- und Geschlechterfragen zu erhöhen. Dies kann nicht geschehen – der Beitritt der Tschechischen Republik zur EU

wirkt sich dennoch auf die Geschwindigkeit der Bearbeitung von Frauen- und Geschlechterfragen aus. Umso wichtiger ist es, die Beauftragten zu professionalisieren und in ihrer Tätigkeit zu stärken.

Die Frauenorganisationen in der Tschechischen Republik können in zwei Gruppen aufgeteilt werden: Organisationen, die durch ihre karitative Tätigkeit Aufgaben des Staates übernehmen, und Organisationen mit eher gesellschaftskritischer Orientierung, die für die Genderperspektive im Denken und Handeln sensibilisieren, so insbesondere in Bezug auf die Stereotypen in Erziehung, Ausbildung, Familie, Gesellschaft und Medien. Aktivitäten der verschiedenen Frauenorganisationen wurden unterstützt. Zum Beispiel wurde eine Website gestaltet, die im Vorfeld der Parlamentswahlen

über die Situation der Frauen als Kandidatinnen berichtete.

Außerdem fanden Konferenzen zu „Häusliche Gewalt“ und zu „Sexueller kommerzieller Missbrauch von Kindern“ statt. Dazu trafen sich Expertinnen und Experten des Staatssektors (Justizministerium, Innenministerium, Polizei), der Nichtregierungsorganisationen und verschiedener Sozialdienste. Im Anschluss an letztgenannte Konferenz wurde eine Broschüre zur Arbeit mit Opfern von sexuellem kommerziellem Missbrauch übersetzt. Die FES unterstützte den Druck dieser Broschüre. Danach fand ein Training für Fachleute in diesem Bereich statt, und als weitere Fortsetzung hat UNICEF sich des Themas angenommen und mit Hilfe der ersten ausgebildeten Fachleute einen landesweiten Ausbildungszyklus realisiert.

Regionalbüro Sofia: Albanien, Mazedonien

Albanien

In Zusammenarbeit mit dem Frauenforum der Sozialistischen Partei wurde die Veranstaltungsreihe „Gleichstellung der Geschlechter in der heutigen Realität Albaniens“ durchgeführt. Ihre Zie-

le waren, der geringen Teilnahme von Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen entgegenzuwirken und Impulse zur Zusammenarbeit zwischen politischen Frauenforen aller Spektren zu setzen. Ein Teil dieser

Reihe wurde als Konferenz „Die Rolle der Frauenorganisationen im sozialen und politischen Leben“ umgesetzt. Hier trafen sich Frauen aus Albanien, aus den Nachbarstaaten und aus der Diaspora, um über Strategien zur



Motivierung von Frauen zur aktiven Teilnahme an Entscheidungsprozessen zu diskutieren. Die Anwesenden planten ein formales Netz „Frauen in der Politik“ auf nationaler Ebene, um durch Arbeitsgruppen gemeinsame Aktionspläne auszuarbeiten: zum Beispiel zur Verbesserung des Frauenstatus im wirtschaftlichen und sozialen Leben und zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Zur Verbesserung der Situation der Frauen in der Politik wurde die Teilnahme der Frauen an politischen Projekten, ihre Aktivierung für die parteilichen und parlamentarischen Ausschüsse sowie die Einrichtung einer Lobby von Geschäftsfrauen gefordert. Vorgeschlagen wurde auch die aktive Teilnahme von Frauen in der öffentlichen oder kommunalen Verwaltung. Diese Veranstaltungsreihe konnte eine wichtige Botschaft an die albanische Politik und allgemein an die Gesellschaftsakteure bezüglich der aktiven Partizipation der Frau ins politische Leben aussenden.

Mit dem Staatskomitee „Gleiche Chancen“ beim Ministerrat und dem Frauenforum der Sozialistischen Partei wurde die Seminarreihe „Partizipation der Frau im Prozess der Dezentrali-

sierung in Albanien“ durchgeführt. Trotz positiver Tendenzen der Einbeziehung der Frauen in die Legislative, bleibt die Diskriminierung und niedrige Teilnahme am Entscheidungsprozess auf Kommunalebene bestehen. Deshalb sollte die Stärkung der Präsenz der Frauen in der Kommunalpolitik diskutiert werden. Eine wichtige Funktion dieser Seminarreihe war der Erfahrungsaustausch politisch interessierter und engagierter Frauen. Probleme der Gleichstellung der Geschlechter und notwendige Veränderungen zu ihrer Verwirklichung wurden erörtert. Die vergangenen Kommunalwahlen wurden analysiert und Konsequenzen für die Zukunft gezogen. Es entstand der Wunsch, zukünftig auch Männer in solche Diskussionen einzubeziehen, um sie mit dieser Problematik zu konfrontieren.

Das Regionalseminar „Die Frauen in der Gewerkschaft“ zusammen mit der Konföderation der Gewerkschaften und dem Verband der Unabhängigen Gewerkschaften sollte die Gewerkschaftsbasis sowie Staats- und Arbeitgeberstrukturen zu Rolle und Möglichkeiten der Frauen in der Gewerkschaftsbewegung sensibilisieren. Es wurde deutlich,

dass die Vertretung der Frauen in der Gewerkschaft zu wünschen übrig lässt, obwohl sie insgesamt ein beträchtliches menschliches Kapital darstellen. Dabei wurde auch das Bedürfnis zur Schaffung eines Netzes der gewerkschaftlichen Frauen als Organ intergewerkschaftlichen Charakters hervorgehoben. Das Seminar war das erste auf Dachverbandsniveau und bot die Möglichkeit zu einer offenen Debatte zwischen den Konföderationen über die gemeinsamen Probleme und Strategien der Frauen in der Gewerkschaft.

Mazedonien

Gender-Fragen sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mazedonien. Durch unsere Projekte soll die Zusammenarbeit von Frauen verschiedener ethnischer Gruppen (Mazedonierinnen, Albanerinnen, Serbinnen und Roma) gestärkt werden. Die Seminare fanden in allen Teilen des Landes statt und behandelten folgende Themen: Status und Rolle der Frau auf dem Land, gleiche Chancen für Frauen mit verschiedenem ethnischen Hintergrund, Toleranz und inter-ethnische Koexistenz. Da immer noch eine große Diskre-





panz zwischen dem Anspruch auf Gleichberechtigung und der Wirklichkeit besteht, ist ein aktiver

Ansatz notwendig, um Stereotypen, traditionelle Frauenrollen und die entsprechenden Vorurteile zu

überwinden. Dies gilt insbesondere für albanische und Roma-Frauen.

Regionalbüro Zagreb: Bosnien-Herzegowina, Kroatien

Bosnien-Herzegowina

Als Beitrag zu den Vorbereitungen der Wahlen im Oktober 2002 organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Nichtregierungsorganisationen „Zene Zenama“ und „Zar“ im Juni die Konferenz „Frauennetzwerk – Frauen bei den Wahlen 2002“. Teilnehmerinnen waren Frauen aus dem Nichtregierungssektor, Abgeordnete und Politikerinnen sowie Vertreterinnen der Administration und zweier Gender-Zentren. Die Öffentlichkeit sollte dadurch auf die Bedeutung der politischen Vertretung der Frauen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene aufmerksam gemacht werden. Außerdem wurde auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von Frauen aus Politik und Nichtregierungssektor hingewiesen.

Mehr als 40 Nichtregierungsorganisationen in Bosnien-Herzegowina bilden ein Frauennetzwerk für Gleichberechtigung, über das die Frauen Einfluss in der Gesellschaft und auf politische Entscheidungsprozesse ausüben. Mit wichtigen Mitgliedern dieses

Netzwerkes, den Frauen-Nichtregierungsorganisationen „Zene Zenama“ aus Sarajevo und „VITA“ aus Slatina, arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Jahren zusammen. Die Aktivistinnen dieser Organisationen haben in den letzten Jahren Runde Tische zur Gleichberechtigung der Geschlechter in Banja Luka, Sarajevo, Milici und Slatina organisiert. Die Referentinnen bei diesen Veranstaltungen waren Expertinnen aus den Bereichen Recht, Wirtschaft und Wissenschaft, die aufgrund eigener Erfahrungen u.a. über die Bedeutung des Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter gesprochen haben. Dieses Gesetz befindet sich seit fast einem Jahr in der parlamentarischen Diskussion. Unmittelbar nach der Verabschiedung dieses Gesetzes will die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit den beiden Gender-Zentren landesweit Diskussionen organisieren, um eine möglichst große Unterstützung für die Realisierung des Gesetzes zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation „VESTA“ wurde im Mai im Rahmen eines Runden Tisches das Thema „Frauen und lokale Selbstverwaltung“ behandelt. Unter dem gleichen Titel wurden über Radio VESTA eine Reihe von Radiosendungen realisiert. Damit konnten die Frauen ihre Ideen und Aktivitäten zur Demokratisierung der Gesellschaft unmittelbar der Öffentlichkeit präsentieren.

Ca. 60 Prozent der arbeitsfähigen Frauen sind von Arbeitslosigkeit betroffen, darunter ein hoher Anteil von Frauen mit abgeschlossener Hochschulausbildung. Mit der Zielsetzung, Frauen bei der Integration in das Berufsleben zu unterstützen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung auch in diesem Jahr eine Trainingsreihe für arbeitslose Frauen durchgeführt. Sie fand im April und Mai in Sarajevo, Travnik und Bihac in Kooperation mit dem Institut für Ökonomie und Organisation statt und stieß bei den Beteiligten auf großes Interesse.

lyse, Reproduktionsrechte, Formen der Verletzung von Frauenrechten, Gewaltformen gegenüber Frauen und Mittel des Gewaltschutzes, Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Arbeitsgesetzgebung sowie Frauen in Politik und Öffentlichkeit. Die Seminarerfahrung zeigte, dass sich die Frauen schnell in ihren Positionen verankern und aus Angst, von männlichen Kollegen und der Gesellschaft „nur als Frau“ betrachtet zu werden, das Verständnis für Frauenfragen verlieren und kaum darauf ansprechbar sind. Dieses Seminarmodell soll auf weitere Lokalgemeinschaften in Serbien übertragen werden.

Zur Förderung ihrer Kommunikationsfertigkeiten wurde für Politikerinnen der demokratisch orientierten Parteien und für Abgeordnete des Stadtparlaments der Stadt Krusevac ein Seminar organisiert. Die Teilnehmerinnen wurden in ihrer öffentlichen Dar-

stellung, z.B. Kurzstatement, Interview, Pressekonferenz, Rhetorik, geschult.

Mit dem Partner Radio 021 Novi Sad hat die Friedrich-Ebert-Stiftung öffentliche Podiumsdiskussionen mit dem Titel „Blick über den Nachbarzaun“ in Novi Sad veranstaltet. Gäste aus den drei benachbarten Republiken – Serbien, Kroatien und Bosnien – diskutierten verschiedene aktuelle Themen und Probleme mit dem Ziel des Erfahrungsaustausches und möglicher Vernetzung. Neben Fragen wie Jugend, Medien, Sport, Wirtschaft, Umweltschutz und Kommunalverwaltung wurde auch die Problematik der Frauen diskutiert. Die eingeladenen Sprecherinnen waren Journalistinnen, Vertreterinnen von Frauenorganisationen und Politikerinnen der drei Republiken. Die Diskussion wurde in direkter Übertragung auf dem Radiosender 021 und als Spezialsendung

in den lokalen Fernsehsendern Serbiens übertragen.

Im Jahr 2002 hat das FES-Büro Belgrad eine sehr interessante Zusammenarbeit mit der StudentInnenorganisation FILONUS angefangen. Gemeinsam wurden öffentliche Podiumsdiskussionen zum Thema „Stop der Diskriminierung“ organisiert, wobei die Diskriminierung aller marginalisierten Gruppen erörtert, aber auch spezifischer aus Sicht der Frauen betrachtet wurde. In den letzten Jahren sind die Einstellungen serbischer Studenten zum Leben und zu ihren Mitmenschen sehr radikal geworden – die Diskussionen sollten dem entgegen wirken. Die Veranstaltungen waren überraschend gut von den Studentinnen und Studenten besucht und wurden auch von den Medien als eine interessante und sehr wichtige Innovation bei dem Aufbau der Zivilgesellschaft in Serbien verfolgt.

Russische Föderation, Moskau

Im Mittelpunkt der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung standen wie in den vorigen Jahren auch Themen der Wahrung der Frauenrechte auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie, Beschäftigungsprobleme und Strategien zur stärkeren Einbeziehung der Frauen in Unternehmensmanagement und in politische Prozesse. Von großer Wichtigkeit bleibt es auch, russische Frauenorganisationen mit Informationen über die Entwicklung der internationalen Frauenbewegung bekannt zu machen.

Im deutsch-russischen Seminar im Februar 2002 in Rjasan und Moskau stand das Konzept „Gender Mainstreaming“ und seine Theorie und Praxis in Russland und Deutschland im Vordergrund. Zielsetzung war, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger über die westeuropäische Praxis bei der Anwendung des Konzeptes zu informieren, Möglichkeiten der Anwendung des Konzeptes in Russland und Deutschland zu vergleichen und deutsch-russische Kontakte zu knüpfen. In Rjasan war mit Hilfe der Part-

nerstadt Münster gerade ein Gender-Zentrum eröffnet worden. Im Rahmen des Seminars fand auch ein Treffen mit Frau Galina Parschenzewa, der stellvertretenden Ministerin für Arbeit und Sozialschutz, statt.

Das Konzept „Gender Mainstreaming“ wurde auch mit russischen Gewerkschaften im April im Rahmen eines fünftägigen Seminars in Zusammenarbeit mit der überregionalen Chemiegewerkschaft „Sodrushestwo“ behandelt. Das Seminarthema „Einführung in die Genderpolitik und

praktische Beteiligung gewerkschaftlicher Basisorganisationen“ wurde vor allem durch Gruppenarbeit behandelt. Besonders effektiv verlief die Diskussion in Gruppen, in denen Frauen und Männer vertreten waren.

2002 hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung ein breiteres Spektrum an Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei genderspezifischen Maßnahmen als je zuvor. Neben Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen und -bewegungen, Gewerkschaften, Hochschullehrerinnen und Studentinnen, Gender-Expertinnen und Vertreterinnen der Massenmedien nahmen auch Beamte mit führenden Posten in staatlichen und kommunalen Institutionen teil. Auf dem Seminar „Bürgerliche Fraueninitiativen als Faktor für beständige demokratische Entwicklung: Gendergleichheit und Leben ohne Gewalt“ in Jaroslawl im Mai zum Beispiel waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Jaroslawl und der Gebietsverwaltung des Jaroslawl-Gebietes aktiv beteiligt.

Im Organisationsstab der regionalen Konferenz „Bürgerliche Fraueninitiativen als Faktor für kontinuierliche Demokratieentwicklung: Dialog der Frauen mit der Macht“ im Herbst in Nowgorod arbeitete Frau Galina Matwejew, Stellvertretende Leiterin der Verwaltung der Region Nowgorod, mit Dr. Swetlana Aivasowa vom politisch-wissenschaftlichen Institut „Consortium of Women“ hielt einen Vortrag zum Thema „Die Rolle der Gender-Ausbil-



dung“. Die Konferenzdiskussion bündelte Argumente, die zur Durchsetzung der Novelle zum Schutz von Interessen kinderreicher Mütter und des Gesetzes über die Zusatzbeschäftigung der Rentner hilfreich sein können. Ekaterina Lachowa, Leiterin der gesellschaftlich-politischen Bewegung „Frauen Russlands“, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für gesellschaftliche Organisationen in der Staatsduma der Russischen Föderation und Mitglied des politischen Führungskomitees der Partei „Edinaja Rossia“, beabsichtigte, die Ergebnisse der Konferenz mit Vertretern von zentristischen Parteien der Duma zu besprechen. Dank ihrer

Bemühungen wurde die staatliche Macht bereits gezwungen, öffentliche Rechtsmechanismen für die Verbesserung der Frauenlage im Lande auszuarbeiten.

Ein wichtiges Stiftungsprojekt 2002 im frauenpolitischen Bereich war die Studie „Die Frau des neuen Russland: Wer ist sie? Wie lebt sie? Was sind ihre Ziele?“ Mit dieser Studie setzte unsere Stiftung ihre langjährige Kooperation mit dem Institut für komplexe Forschungen fort. Die Rolle und gesellschaftliche Lage der Frau im Transformationsprozess war Gegenstand der gesamt-russischen soziologischen Befragung aller Altersgruppen. Die Frauen aus ländlichen und ökonomisch

wie sozial marginalisierten Regionen verblieben im alten Denken. Jüngere Frauen mit guter Ausbildung beurteilten die Transformationsfolgen positiver und nahmen sich bietende Karrierechancen viel flexibler wahr. Die Mehrheit der Russinnen verhält sich skeptisch in Bezug auf die Möglichkeit, eine Frau zur russischen Präsidentin zu wählen: Nur 36,8 Prozent der Frauen sehen dies positiv. Interessant ist, dass positive Lebenseinschätzungen und Zukunftserwartungen unter russischen Frauen im Vergleich zu Männern überwiegen. 62,9 Prozent aller Befragten werteten das Leben insgesamt als „zufriedenstellend“.

Regionalbüro Taschkent: Kasachstan, Usbekistan

Im Rahmen ihres Förderungsschwerpunktes „Frau und Frauenbewegung“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung besonders seit Mitte der 90er Jahre für viele Frauenorganisationen gute Starthilfen geschaffen. In relativ kurzer Zeit sind in Zentralasien und ins-

besondere in Kasachstan eine beachtliche Anzahl von Frauengruppen und -organisationen entstanden. Diese Organisationen haben vielfältige Aufgaben: Sie bieten Schutzräume für geschlagene und vergewaltigte Frauen, organisieren Seminare über Frauenrechte,

Frauen in der Politik oder Infobörsen/Messen für Existenzgründerinnen. Sie kommen in Literaturmatinees zusammen, machen Tanzworkshops und Sommerfeste, Informations- und Studienreisen für Frauen, schreiben, geben Bücher heraus, entwickeln Curri-



cula für Frauen- und Genderstudien oder motivieren und ermutigen Frauen für politische Aktivitäten.

Folgende Veranstaltungen fanden statt:

- *Das Seminar „Frauen-Dialog: Deutschland-Kasachstan“* (März/April in Almaty),
- *Regionaler Runder Tisch „Probleme der Frauen im Aral-Gebiet“*, (Mai in Kzyl-Orda),
- *Frauenstudien-Reise „Incoming“* (August im Frauenbildungs- und Tagungshaus Altenbücken).

Ziel dieser Veranstaltungen war es, die Frauen in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Interessen besser zu erkennen und sie zu artikulieren sowie sich im öffentlichen und privaten Leben besser durchzusetzen.

Die Frauenstudien-Reise „Incoming“ war ein Fortbildungs- und Hospitationsaufenthalt für Multiplikatorinnen aus Kasachstan, Kirgizistan und Usbekistan. Vom 6. bis 17.8.2002 reisten 21 Frauen verschiedener Bereiche – z.B. Journalistinnen, Sozialpädagoginnen, Ökonominnen – aus

Zentralasien in das Frauenbildungs- und Tagungshaus Altenbücken.

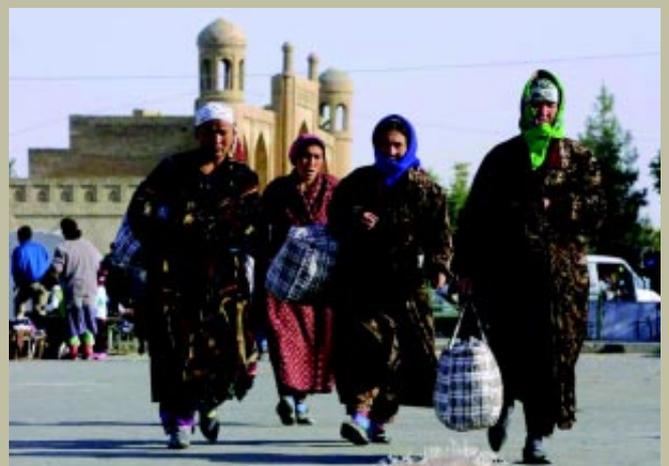
Folgende Themen wurden behandelt:

- die Rolle der Frau in Deutschland,
- die Geschichte der ersten und zweiten Frauenbewegung in Westdeutschland, in Europa und in den USA sowie deren initiierte Reformen und Projekte,
- die Aufgaben und Funktionen der Frauenbeauftragten als staatliche Institution,
- Gewalt gegen Frauen als strukturelles Phänomen,
- Methoden zur Anleitung von Frauen aus den Bereichen Medien, Kommunikation, Meditation, Tanz, Selbstverteidigung und Konfliktlösung,
- Besuch der Frauenautowerkstatt „AutoDiva“, des Frauenhotels „HanseatIn“ und des Frauencafés „Endlich“.

Neben der inhaltlichen und thematischen Arbeit wurden neue Kontakte geknüpft sowie deutsche Frauen als Referentinnen nach Kasachstan und Usbekistan

eingeladen. Die Teilnehmerinnen zeigten sich beeindruckt von den Errungenschaften der westeuropäischen Frauen – was den deutschen Frauen wiederum bewusster machte, welche Ziele trotz der oft weiterhin erlebten Diskriminierung bereits erreicht wurden.

Die zentralasiatischen Frauen beschrieben die Reise als eine „Wiederentdeckung von Deutschland mit vielen kreativen Frauenideen, Frauenprojekten und Frauenorganisationen“, als „das beste Bildungsprogramm, das mir in meinem Leben angeboten wurde“, als „die konkreteste Aktion für die Frauenförderung“, mit „die Reise hat mir geholfen, Frauen mit anderen Augen zu sehen“ und als „neue Variante feministischer Projekte“. Die Videodokumentation der Reise wurde zu hochfrequentierter Sendezeit im staatlichen Fernsehsender „Kasachstan I“ ausgestrahlt. Zwei Teilnehmerinnen berichteten in zwei Talkshows über ihre Erfahrung bei deutschen Frauenorganisationen.





Dieser Arbeitsbereich will gemeinsam mit Partnern aus Regierung, Parteien, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft die soziale Demokratie in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und des Nahen Ostens fördern. Dazu gehört auch, dass mit den Partnerorganisationen der Weg des Gender Mainstreaming beschritten wird. Allerdings ist der Übergang von der Frauen- zur Geschlechterpolitik in Tempo und Intensität je nach den kulturellen und politischen Gegebenheiten sehr unterschiedlich.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Brasilien

Dass sich Bürgerbeteiligung in der Demokratie nicht auf den Wahlgang beschränken sollte, hatte die brasilianische Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT) bereits in den 90er Jahren zum Programm erklärt: In den von ihnen gestellten Kommunalverwaltungen wurde die partizipative Haushaltsplanung eingeführt, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, in der Planung der öffentlichen Ausgaben mitzureden und mitzuentcheiden. In Versammlungen auf Nachbarschafts- und Stadtteilbene stellt die Kommunalregierung ihre Entwicklungs- und Investitionspläne vor und bezieht die Bürgerinnen und Bürger über ein bis in den Stadtrat reichendes System der Delegation in den Entscheidungsprozess ein. Dies erhöht die Effizienz und Akzeptanz der Investitionen und stärkt das Verständnis für bestehende Sachzwänge und Haushaltsgrenzen. Die so geschaffene Transparenz verringert zudem die Gefahr der Korruption.

Stadtentwicklung kann unter ganz unterschiedlichen Perspektiven betrieben werden: Soll ein Sportplatz angelegt oder ein Kindergarten gebaut werden? Braucht die städtische Rechtsberatung eine zusätzliche Stelle oder eine Bushaltestelle hellere Beleuchtung? Frauen und Männer bewegen sich zudem sehr unterschiedlich in ihrer Umgebung und betrachten die städtische Entwicklung aus unterschiedlicher Sicht. Dies ist umso bedeutender, als Armut vor allem die Frauen trifft und ein Viertel aller Haushalte ausschließlich auf das Einkommen ihrer weiblichen Familienvorstände angewiesen ist. Seit den letzten Kommunalwahlen von 2000 ist es Ziel einer PT-Initiative, in den Großstädten Recife und São Paulo gerade diesen geschlechtsspezifischen Interessen Rechnung zu tragen. Dass den Bedürfnissen der Frauen bislang nicht genügend Beachtung geschenkt wurde, mag die Abnahme der Frauenbeteiligung während des Haushaltsplanungsprozesses

erklären: Zwei Drittel waren es in den ersten offenen Veranstaltungen am Anfang, bei den weiteren Planungsstufen machten Frauen jedoch nur noch ein Drittel der Ratsmitglieder aus.

Was bewegte die Frauen, so zahlreich zu den offenen Versammlungen zu gehen? Und was verhinderte, dass sich diese aktive Teilhabe der Frauen bis in die Entscheidungsinstanzen fortsetzte? Die Friedrich-Ebert-Stiftung São Paulo, die die PT und andere Institutionen politisch und methodisch zum Thema Partizipation berät, griff diese Fragen gemeinsam mit den Frauenbeauftragten der Stadtverwaltungen auf. So wurden Hintergründe analysiert und ein Diskussionsprozess in Gang gesetzt, dessen Ergebnis ein politischer Prioritätenkatalog unter Genderperspektive war. Dabei stellen die Frauen in Recife Dienstleistungen für von Gewalt betroffene Frauen, z.B. Rechtsberatung und medizinische Versorgung sowie Wirtschaftsförderung in den Vordergrund. Auf

der Prioritätenliste der Frauen in São Paulo stehen Kinderbetreuung, geschlechtsneutrale Erziehung, Aufklärung Jugendlicher zu Schwangerschaftsfragen und geschlechtsspezifische Gesundheitsvorsorge ganz oben. In den Versammlungen wurden zudem

Frauen und Männer für die Unterschiedlichkeit ihrer Interessen, Arbeits- und Lebenswelten sensibilisiert sowie ihre Fähigkeit gestärkt, unterschiedliche Bedürfnisse anzuerkennen und Kompromisse zu verhandeln. Das Sicherheitsgefühl von Frauen, die

in São Paulo auf den Nachtbus warten, wird heute ernst genommen und ist zum Gegenstand eines politischen Programms geworden, das die Gleichberechtigung gerade auch unterschiedlicher Sorgen und Nöte anerkennt.

Tansania

Den Frauenanteil in gewerkschaftlichen Führungspositionen zu erhöhen, ist Ziel des Projektes unserer Stiftung in Dar es Salaam. Nach der Wahl einer Frau als Vorsitzende von TUCTA (Trade Union Congress of Tanzania) konzentrierte sich die Arbeit in diesem Jahr auf das im vergangenen Jahr gebildete Frauenkomitee, das den Einfluss von Frauen auf die Gewerkschaftspolitik sichern soll. Die Komiteemitglieder wurden in einem Seminar zu Gewerkschafts- und Medienfragen geschult, und in Zusammenarbeit

mit der einflussreichen Gewerkschaft TUGHE (Tanzanian Union of Government and Health Employees) wurden den Teilnehmerinnen geschichtliche Hintergründe der Gewerkschaftsarbeit, Führungsfähigkeiten sowie ein Grundverständnis von Arbeitsrechten vermittelt. In zahlreichen weiteren Meetings und informellen Gesprächen konnten Anregungen für die praktische Gewerkschaftsarbeit im Privatisierungsprozess gegeben werden.

Die erklärte Absicht der Friedrich-Ebert-Stiftung, genderorien-

tiert zu arbeiten, zeigt inzwischen auch positive Auswirkungen bei den Partnerorganisationen: Die konkrete Auswahl und Einbeziehung von Frauen bei einer Vielzahl von Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung nimmt stetig zu. Außerdem zielt eine mehrjährige Arbeitslinie in Dar es Salaam darauf ab, Frauen und Männer über ihre zustehenden Rechte zu informieren. Dies geschieht durch Rechtsberaterinnen und -berater (Paralegal Units), die insbesondere durch Theateraufführungen aufklären und aktivieren.





Marokko

2001 hat der König eine Kommission eingesetzt, die ihm 2003 Vorschläge zur Reform des Familien- und Frauenrechts Moudawana unterbreiten soll. Die etwa 80 auf Frauen- und Genderfragen spezialisierten Nichtregierungsorganisationen in Marokko haben Aufklärungskampagnen über die frauendiskriminierenden Regelungen der Moudawana unternommen. Schwerpunkt der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung auf diesem Gebiet war es, die Aufklärungsarbeit mit juristischen Studien und Ausarbeitungen über die Exegese des Islam zur Moudawana, empirischen Fallstudien über Moudawana-verursachte Schicksale von Frauen, Analysen inter-

nationaler Konventionen bzw. von Konventionen zur Harmonisierung internationalen und nationalen Rechtes sowie Sensibilisierungs- und Beratungsmaßnahmen zu begleiten. Konferenzen wurden durchgeführt, z. B. „Die Frau im religiös-extremistischen Diskurs“, und die zentrale Sensibilisierungskampagne der Nichtregierungsorganisation „Frühling der Gleichberechtigung“ wurde mit Workshops, Seminaren, großflächigen Plakaten und Radio-, wie auch Fernsehspots unterstützt. Neben der Moudawana waren auch die Reform des Strafrechtes und des Arbeitsrechtes sowie die Stärkung der Frauenvertretung in den Parlamentswahlen vom Sep-

tember 2002 Thema von Sensibilisierungs- und Beratungs-Arbeiten.

Außerdem fördert unsere Stiftung die Ausbildung von Frauen, die in Organisationen der Zivilgesellschaft arbeiten, sowie von weiblichen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern. So wurden zum Beispiel Frauen aus verschiedenen Parteien für die Kandidatur in den Parlamentswahlen in unterschiedlichen Bereichen ausgebildet. Flankiert werden diese Aktivitäten durch Publikationen über unterschiedliche Themen: Gewalt gegenüber Frauen, Frauen in der Politik, die juristische Stellung der Frauen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens und in der Familie.

Indien

Die 2001 begonnene Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung zur neuen frauenpolitischen Agenda der Regierung und zu einzelnen länderspezifischen Programmen wurde fortgesetzt. Die Seminarreihe füllt eine große Lücke zwischen Staat und Zivilgesellschaft, denn die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine der wenigen Institutionen, die dieses Thema aufgreift. In Koope-

ration mit dem Centre for Development Studies and Action aus New Delhi fanden zwei Workshops statt, an denen Frauenorganisationen, Wissenschaftlerinnen, Medien- und Behördenvertreterinnen sowie Politikerinnen teilnahmen. Damit hatten Institutionen in Ost- und Westindien erstmals die Gelegenheit, relevante Politikbereiche zu analysieren und Verbesserungsvor-

schläge in direktem Dialog mit Regierungsvertretern zu diskutieren. Zum dritten Workshop versammelten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Indien, um die bisherigen Ergebnisse zu rekapitulieren und einen Aktionsplan für zukünftige Interventionen zu erarbeiten. Prominenter Gast war die Europaabgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der Sozialdemokrati-



schen Fraktion Europas (SPE) Lissy Gröner. Sie war eingeladen worden, um über die europäische Gleichstellungspolitik zu informieren und einen Überblick über die in Europa diskutierten Instrumente und Konzepte zu geben. Es wurde beschlossen, dass die Kontakte indischer und europäischer Politikerinnen und Politiker zum Thema Frauen- und Geschlechterpolitik in Zukunft intensiviert werden sollten.

Das kommunalpolitische Trainingsprogramm im ländlichen Rajasthan zeigt Fortschritte. Wo es anfangs allein darum ging, die auf Quotenplätzen sitzenden Gemeinderätinnen zu motivieren, an den Ratssitzungen aktiv teilzunehmen, stehen jetzt fachliche Fragen wie Budgetplanung oder die Information über staatliche Hilfsmaßnahmen im Vordergrund.

Im noch jungen Experimentierfeld der kommunalpolitischen Frauenquoten hat sich die Partnerorganisation SOHARD als eine über die Grenzen Rajasthans hinaus anerkannte Institution etabliert.

Gender Mainstreaming gewinnt auch im traditionell auf Frauenförderung orientierten Indien als entwicklungs- und gesellschaftspolitisches Instrument zunehmend an Bedeutung. Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt hier vor allem auf die Arbeit mit zentralen Institutionen der Zivilgesellschaft, Medien und vor allem mit jungen Menschen, die eine nachhaltige Veränderung der alten Denk- und Gesellschaftsmuster bewirken können. 2002 veranstaltete sie erstmals mehrere Workshops mit Studenten und Studentinnen. Ziel war es, junge Frauen und Männer

aus ländlichen oder semi-urbanen Milieus zu erreichen, die das Potenzial zum öffentlichen und politischen Handeln haben. Sie wurden für Führungsaufgaben und Geschlechterfragen sensibilisiert. Ihre Gesprächspartnerinnen waren prominente Frauen, denen es gelungen ist, Mythen und Stereotypen über Frauen und Politik erfolgreich zu durchbrechen: Parteivorsitzende, Gemeinderätinnen und Anführerinnen sozialer Bewegungen. Die Worte einer Teilnehmerin stehen hier repräsentativ für das äußerst positive Echo zu dieser Reihe: „Der Workshop hat in uns einen Geist der Hoffnung geweckt. Wenn wir gemeinsam vorgehen, können wir die Dinge um uns herum verändern. Dies ist der letzte Tag unseres Workshops, aber eigentlich ist es ein Anfang.“

Deutschland: Referat Entwicklungspolitik

● *Frauen an die Friedentische – Genderperspektive in die Verhandlungen* (Internationale Konferenz)

Frauen und Kinder sind in besonderer Weise von gesellschaftlichen Folgen bewaffneter Kon-

flikte wie Werteverlust, Traumatisierung und Anstieg von Gewaltausübung im zivilen Alltag betroffen. An Friedentischen spielen Genderaspekte jedoch allgemein nur eine untergeordnete Rolle. „Die UN-Resolution 1325

ist eine wichtige Resolution für Frauen, für UNIFEM, aber auch für den Weltsicherheitsrat. Sie fordert, die Rolle von Frauen in Führungspositionen zu stärken, Frauen stärker in friedenserhaltende Missionen einzubeziehen

und die Repräsentanz von Frauen auf der politischen Ebene zu erhöhen“ – so Heike Alefsen, Vertreterin von UNIFEM, dem Entwicklungsfond der Vereinten Nationen und Konferenzpartnerin. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Resolution auch auf nationaler Ebene umzusetzen – ein wichtiger Aspekt bei formellen Friedensverhandlungen.

Um die Beteiligung von Frauen an formellen und informellen Friedensprozessen ging es den Konferenzteilnehmenden der Bereiche Wissenschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen aus drei Kontinenten. Im Anschluss an drei exemplarische Erfahrungsberichte über Friedensaktivitäten von Frauen nach Bürgerkriegen in Guatemala, Uganda und Bosnien-Herzegowina waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgerufen, in drei Zukunftswerkstätten eigene Überlegungen und Empfehlungen zu sammeln. Themen waren: „Konfliktprävention in der Zivilgesellschaft“, „Be-

handlung traumatisierter Kriegsoffer“ und „Von der Entwaffnung zur Entwicklung friedlicher Konfliktlösungen“. In der abschließenden Podiumsdiskussion ging es um die Möglichkeiten einer stärkeren und effektiveren Beteiligung von Frauen an Gremien der Konfliktlösung. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob die bestehenden Strukturen in nationalen und multilateralen Institutionen ausreichen oder ob zusätzliche Organisationen wie ein „Weltfrauensicherheitsrat“ gegründet werden müssen, um der konkreten Umsetzung der Resolution 1325 Nachdruck zu verleihen. Die Mehrheit der Referentinnen und Referenten gab einer Art „Doppelstrategie“ den Vorzug: Sowohl die gender policy multilateraler Organisationen zu stärken, als auch parallel den Druck von Nichtregierungsseite zu erhöhen. Als Konferenzergebnis wurde ein auf zwei Jahre befristetes „Forum Frauen und Sicherheitspolitik“ vorgeschlagen. Dieses soll die

Politik des Weltsicherheitsrates während des deutschen Vorsitzes aus frauen-, friedens- und sicherheitspolitischer Sicht konstruktiv-kritisch begleiten und eine größere Öffentlichkeit für das Thema erwirken. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen; und Bereitschaft zur Mitarbeit wurde fast von allen anwesenden Organisationen und Einzelpersonen erklärt.

● *Politische Partizipation von Frauen in den Ländern des Mittleren Ostens* (Regionalkonferenz)

Wie gelingt es, mehr Frauen am politischen Prozess in den Ländern des Mittleren Ostens zu beteiligen? Diese Frage war Thema einer Regionalkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem libanesischen „NGO Committee for the Follow-up of Women’s Issues“ in Beirut. Zunächst wurde die Situation von Frauen in den teilnehmenden



Ländern Marokko, Tunesien, Algerien, Ägypten, Sudan, Jemen, Palästina, Jordanien, Syrien und Libanon analysiert. Dabei ging es um den Fokus, länderübergreifende Hemmnisse zu identifizieren, die einen höheren Frauenanteil in der Politik dieser Länder verhindern: z.B. der Einfluss des politischen Islams, der daraus folgenden Einschränkungen für Frauen in der Öffentlichkeit und des unzureichenden staatlichen Engagements für die Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechte. Im zweiten Teil veranschaulichten Fallstudien aus dem Libanon, aus Ägypten und aus Marokko mögliche Lösungsansätze, um die Partizipation von Frauen am politischen Leben zu fördern. Daran anknüpfend wurden drei Workshops zu den Themen „Bewusstseinsbildung“, „Zugang zum politischen System“ und „Erfolgreich sein innerhalb des politischen Establishments“ angeboten. Basierend auf den Ergebnissen der Workshops wur-

den konkrete und praxisorientierte Vorschläge für die in der Region ansässigen Projekte unserer Stiftung abgeleitet, um die Partizipation von Frauen in der Politik zu fördern:

- Länderübergreifendes Netzwerk mit einer eigenen Website, über die Arbeitsmaterialien zugänglich gemacht, Erfahrungen und Dokumente ausgetauscht und Kontakte geschlossen werden können.

- Zusammenfassende Handreichungen in elektronischer und gedruckter Form zu den in den Workshops erarbeiteten Themen, die sich orientieren an der Struktur der negativen und positiven Faktoren, die die Partizipation von Frauen beeinflussen; an den Maßnahmen, die Frauen ermutigen, sich trotz existierender Hindernisse politisch zu engagieren; an den Schutz- und Fördermechanismen für politisch interessierte Frauen in den länderspezifischen Wahlsystemen.

- Regionale Treffen bzw. Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen sowohl frauenspezifisch als auch mit breitem Genderansatz, um Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu gewinnen.

Die Effizienz von Fernseh- und Medienkampagnen wurde auf der Konferenz sehr hoch eingeschätzt. Daraus leitet sich ein ausgeprägtes Interesse an Dokumentationen zu der Rolle von Frauen ab, die über die Medien transportiert werden können. Regionale Trainingsmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten sollen helfen, die Gendersensibilität in den Medien voranzutreiben. Um eine solide Basis für die Medienbeiträge gewährleisten zu können, soll im Vorfeld eine Studie erstellt werden, in der das Image von Frauen in den Medien analysiert wird.

